

## AUF EIN WORT

Liebe Leserinnen und Leser,

wir beleuchten das Thema „Demokratie“ aufgrund der anstehenden Kommunalwahlen in Bayern am 8. März 2026. Wie steht es um unsere Demokratie heute? Was sind ihre wesentlichen Elemente und wie gut sind die bei uns umgesetzt?

Zu den drei Säulen der Demokratie finden Sie mancherlei in unserer Ausgabe. Wie steht es um die vierte, die Presse? Swiss Policy Research (swprs.org) hat zu unserer Medienwelt schon 2017 eine umfangreiche Studie erstellt. Was uns von den bekannten Medien vorgestellt wird, entspricht nur selten dem, was tatsächlich die Welt bewegt. Bestens recherchierte Hintergrundinformationen bietet beispielsweise Metanoia (metanoia-magazin.com).

Bei uns in Bayern ist alles gut – oder vielleicht doch nicht? Welche Möglichkeiten haben neue Organisationen, in der Kommunalpolitik mitzusprechen? Auf Seite 2 finden Sie „Demokratie in Bayern“.

Und wie schaut es anderswo aus? Regelmäßig liest man von besonders demokratischen Verhältnissen in der Schweiz. Wir haben uns ein anderes Beispiel ausgesucht: Venezuela. Am Beispiel dieses Landes ist deutlich zu erkennen, wie sich die Berichterstattung einer medienunabhängigen Person mit Erfahrungen vor Ort von der Darstellung der Landesverhältnisse durch eine politisch gefärbte Sichtweise der bekannten Medien unterscheidet.

Lassen Sie sich von Herrn Eglinski anregen, Demokratie zu leben. Wir freuen uns über Rückmeldungen und wünschen viel Lesespaß.

Peggy Galic & Andi Kahnt  
Redaktion LESE||ZEICHEN  
Lesezeichen@dieBasis-Bayern.de



Liebe Leser,  
bitte geben Sie diese Zeitung  
nach Ihrer Lektüre  
gerne an andere weiter.  
Herzlichen Dank!

Abbildung: Luis Estrada/Pixabay



Abbildung: Tyji Jura K/Pixabay

## „Das Volk ist der Souverän“

REDE VON THOMAS EGLINSKI  
IN MÜNCHEN AM 31. OKTOBER 2025

Demokratie ist kein Zuschauersport, liebe Freunde. Wer glaubt, Politik sei ein exklusiver Club aus Parteifunktionären, der hat vergessen, wem dieses Land gehört.

„Das Volk ist der Souverän.“ Ein Satz aus dem Grundgesetz. Schön, feierlich, oft zitiert – und doch von vielen Menschen fast vergessen. Denn, wenn das Volk wirklich der Souverän wäre, dann müsste es sich auch so verhalten. Ein Souverän schaut nicht zu, er greift ein, er entscheidet. Er hinterfragt, widerspricht, fordert Rechenschaft.

Heute aber haben sich viele daran gewöhnt, regiert zu werden wie Kunden in einem Konzern. Wir zahlen, wir meckern – und wir lassen machen.

Doch Demokratie funktioniert nur, wenn das Volk seine Macht auch nutzt. Politiker sind keine Herren. Sie sind Verwalter. Gewählte Beauftragte auf Zeit.

Souveränität heißt nicht, alle vier Jahre ein Kreuz zu machen, sondern an jedem einzelnen Tag hinzusehen.

Souveränität heißt, Verantwortung zu übernehmen – für die eigene Familie, für die Gesellschaft, die Nachbarn, die Wahrheit. Ein Souverän, der schläft, bekommt irgendwann eine Regierung nach seinem Schweigen. Und wer Freiheit will, ohne sich einzumischen, wird am Ende von denen regiert, die es tun.

„Das Volk ist der Souverän“ – das ist kein Zitat für Schulbücher. Es ist ein Auftrag. Und wer ihn nicht wahrnimmt, verliert ihn.

Politiker sind keine Dienstherren – sie sind Diener. Gewählt, nicht geweiht. Und ihre Pflicht ist es, im Interesse der Bürger zu handeln – nicht im Schatten von Parteidisziplin und Lobbyismus. Wenn sie das vergessen, dann liegt es an uns, sie daran zu erinnern.

Gerade in diesen Zeiten verstärkt, haben wir doch an der Zerstörung des letzten Restes eines Kernkraftwerkes in Gundremmingen einmal mehr erkennen können, dass es unseren Politikern an der für ihre Tätigkeit notwendige Intelligenz und Weitsicht mangelt.

Der so oft zitierte Fachkräftemangel wird von Tag zu Tag mehr und mehr sichtbar. Vor allem in den Parlamenten tummeln sich ungelernete Hilfskräfte, die jeden Tag aufs Neue beweisen, dass sie nicht die Fähigkeiten besitzen, ein Land wie Deutschland aus der Krise herauszuführen und den Frieden zu bewahren. Und ich frage mich stets aufs Neue, wer diese Abgeordneten gewählt hat.

Und apropos Wahlen: Ich bin kein Freund des Nicht-Wählens. Was dann geschehen kann, haben wir zuletzt in Hamburg erfahren. Wenn die braven, konservativen Bürger zuhause bleiben, machen die Ideologen und linksgrünen Zerstörer das Rennen. Oder um es mit einem meiner Lieblingszitate zu sagen: Während die Intelligenten grübeln, stürmen die Dummen die Festung.

Und dass Wahlen durchaus zu Veränderungen führen können, sieht man in Argentinien.

Aber, meine lieben Freunde, Demokratie heißt eben nicht nur wählen.

Demokratie heißt, Verantwortung zu übernehmen – auch nach dem Wahltag.

Eigenverantwortung ist keine Parole. Sie ist der Kern einer freien Gesellschaft. Also: Nicht warten, dass andere handeln! Nicht hoffen, dass „die da oben“ es richten! Die Zukunft ist nicht vererbbar – sie wird gemacht. Von uns. Hier. Jetzt.

Wer jetzt immer noch schweigt, überlässt das Feld kampflos jenen, die unsere Heimatländer ruinieren. Wer jetzt immer noch nicht auf die Straße geht und seinen Unmut lautstark, aber friedlich mit Gleichgesinnten zum Ausdruck bringt, macht sich mitschuldig an der gezielten Zerstörung der Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder. Ein wünschenswerter Nebeneffekt des Gesichtzeigens ist, dass sich das Stadtbild positiv verändert.

Überall im Land sind mittlerweile Graswurzelbewegungen entstanden, denen man sich anschließen kann. Diese Bewegungen werden es am Ende auch sein, die die aktuell Regierenden friedlich aus ihren Ämtern vertreiben werden. Positive Veränderung ist nicht von oben zu erwarten, von keiner Partei, von keinem Messias. Die notwendigen Veränderungen können nur von unten angestoßen werden, vom Volk, dem Souverän.

Und deshalb ist es so wichtig, dass Ihr hier und heute auch Gesicht zeigt und für den Frieden einsteht. Lasst uns ein Feuer der Begeisterung für eine Rückkehr zur wahren Demokratie und zum Frieden durch die Menschen im Land entfachen. Denn das Volk ist der Souverän.

Foto: pics\_kartub/Pixabay



## Demokratie in Bayern

VON PEGGY GALIC UND  
ANDI KAHNT

**Was ist an „Demokratie“ wirklich wichtig? Oder vielleicht konkret: Welche Leitlinien steckt unsere Bayerische Verfassung?**

Dort lesen wir beispielsweise in Artikel 2:

- (1) Bayern ist ein Volksstaat.  
Träger der Staatsgewalt ist das Volk.
- (2) Das Volk tut seinen Willen durch Wahlen und Abstimmung kund. Mehrheit entscheidet.

Und in Artikel 11:

- (2) Die Gemeinden sind ursprüngliche Gebietskörperschaften des öffentlichen Rechts.  
Sie haben das Recht, ihre eigenen Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze selbst zu ordnen und zu verwalten, insbesondere ihre Bürgermeister und Vertretungskörper zu wählen.

Man möchte meinen, dass interessierte Bürger oder Gruppen sich aktiv ins Gemeindeleben einbringen können.

Am Beispiel der Kommunalwahlen in Bayern zeigt sich ein anderes Bild: Um als neue Partei oder als Bürger für ein Parlament in Bayern kandidieren zu können, muss man hohe Hürden überwinden, sofern man noch nicht in einem Parlament sitzt oder einer Partei angehört, die schon im Parlament vertreten ist. Damit bleiben diejenigen außen vor, die frischen Wind und neue Ideen einbringen möchten.

Bei Bundestags- oder Landtagswahlen wird es kleinen Parteien über

die 5%-Hürde schwer gemacht, in die Parlamente zu kommen, nachdem sie die Hürde der Unterstützungsunterschriften gemeistert haben. Mit ihrer Unterschrift bezeugen Bürger ihren Willen, dass eine noch nicht in einem Parlament vertretene Partei zur Wahl antreten darf. Bei Kommunalwahlen ist es für kleine Parteien fast unmöglich, die geforderte Anzahl an Unterstützungsunterschriften zu beschaffen.

Für Landtags- oder Bundestagswahlen müssen zum Beispiel für den Wahlkreis Kempten-Oberallgäu-Lindau (ca. 250.000 wahlberechtigte Bürger) ca. 250 Unterstützungsunterschriften gesammelt werden. Was nach gar nicht so viel klingt, ist in Wirklichkeit ein enormer Aufwand für diejenigen, die als Kleinpartei weder über Wahlkampfgelder noch personelle Ressourcen verfügen. Dennoch war das bisher zu bewältigen, weil die Unterstützer ein vorgefertigtes Formular unterschreiben konnten, das von den Parteien dann in aller Regel gesammelt den Stadt- oder Gemeindeämtern zur Genehmigung eingereicht werden konnte.

Anders verhält es sich bei den Kommunalwahlen. Hier hängt die Anzahl der benötigten Unterstützungsunterschriften zum einen von der Einwohnerzahl ab (1000 Einwohner = 40 UU / bei mehr als 200.000 Einwohner = 470 UU). Es sind also im Verhältnis zu einem Wahlkreis etwa doppelt so viele Unterschriften zu sammeln. Zum anderen kommt dazu, dass die Unterschrift von den Bürgern persönlich auf den Ämtern zu leisten ist. Wer kann schon zu den eingeschränkten Öffnungszeiten der Gemeinde- oder Stadtverwaltungen mal kurz dort vorbeis-

schauen und seine Unterstützung bekunden? Die Abgabe muss in einem engen Zeitfenster von einigen Wochen erfolgen und für die anstehende Kommunalwahl ist dieses Zeitfenster mitten im Winter.

Dies ist für viele Bürger, welche sich politisch engagieren wollen, ein Schlag ins Gesicht und so werden kleine Ansätze an politischer Teilhabe schnell im Keim erstickt. Wer also als „Außenstehender“ in die Phalanx der Platzhirsche in den Gemeinde- und Stadträten eindringen will, sieht sich einer kaum zu überwindenden Abwehrmauer gegenüber.

### Wie könnte es besser laufen?

- ♦ Die Hürden für Unterstützungsunterschriften auf Kommunalebene sollten gesenkt werden: Reduktion der Anzahl und Sammlung per Unterschriftslisten wie bei deutschlandweiten Wahlen.
- ♦ Neben den Parteilisten sollten Bürger listenfrei wählbar sein.
- ♦ Laut unserer Verfassung sind Abgeordnete nur ihrem Gewissen verpflichtet – das bedeutet: Verbot des Fraktionszwanges.
- ♦ Abgeordnete sind Volksvertreter, als solche haben sie sich auch während ihres Mandats immer wieder um den Volkswillen zu bemühen – missachten sie diese Aufgabe, so sollten sie ihr Amt verlieren.

Die Kommunalwahl in Bayern findet am Sonntag, den 8. März 2026, statt. Die Sammlung von Unterstützungsunterschriften erfolgt gemeindeabhängig innerhalb von vier bis sechs Wochen im Zeitfenster 3. Dezember 25 bis 13. Januar 26.



## Einführung in die Demokratietheorie

Das Buch *Demophobie* von Gertrude Lübke-Wolff, einer ehemaligen Bundesverfassungsrichterin, erschien am 12. Januar 2023 bei Vittorio Klostermann und umfasst 212 Seiten. Es behandelt die zunehmende Skepsis gegenüber direkter Demokratie in Deutschland, die sich nach Angaben der Autorin in den letzten Jahren verstärkt hat, obwohl vor wenigen Jahren fast alle im Bundestag vertretenen Parteien außer der CDU die Einführung von Volksabstimmungen auf Bundesebene in ihren Programmen vorgesehen hatten. Diese Trendwende wird mit dem Brexit-Votum und den Erfolgen populistischer Politiker in verschiedenen Ländern in Verbindung gebracht.

Lübke-Wolff untersucht zehn gängige Vorbehalte gegen direkte Demokratie, wie die Behauptung, das Volk sei für Sachentscheidungen zu dumm, oder dass direkte Demokratie unsozial sei, und zeigt auf, dass diese Argumente oft auf Fehlern wie dem Idealvergleichsfehler oder dem Pauschalierungsfehler beruhen. Sie plädiert dafür, direkte Demokratie nicht als Allheilmittel zu sehen, sondern als Mittel, um eine stärker an den Interessen der Bürger orientierte Politik zu fördern, die Qualität politischer Kommunikation zu steigern und das Vertrauen in repräsentative Institutionen zu stärken. Die Autorin betont die Bedeutung einer sorgfältigen Ausgestaltung, beispielsweise durch die Verteilung von Informationsbroschüren vor Abstimmungen und die Einbindung von Bürgerinitiativen von unten.

Das Buch wurde von renommierten Medien wie der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, der *Süddeutschen Zeitung* und der *Neuen Zürcher*

*Zeitung* positiv besprochen und als eine hervorragende Einführung in die Demokratietheorie sowie als „Sensationsstreitschrift“ mit aufklärerischer Zuversicht beschrieben.

Gertrude Lübke-Wolff  
**Demophobie**  
Muss man die direkte Demokratie fürchten?

Rote Reihe  
Klostermann

**Lübke-Wolff, Gertrude: Demophobie**  
Muss man die direkte Demokratie fürchten?  
2023. 212 Seiten. Kartoniert. 24,80 €  
ISBN 978-3-465-04613-4  
Klostermann Rote Reihe 151

Quelle: DuckDuckGo.com mit der Suchabfrage „buch demophobie“ am 2.11.2025



## WAS ZUM GEIER ...!?

VON MICHAEL FREYERMUTH

### Gesundheit als Vorwand?!

Unglaublich ... sie machen einfach weiter!

Was zum Geier passiert da schon wieder?

Ein neuer Pandemievertrag der WHO ist beschlossen – still und leise. Offiziell „nur für den Ernstfall“. In Wahrheit: ein Freifahrtschein für Kontrolle, Zensur und Zwang!

- Staaten sollen künftig „Infodemen“ bekämpfen – heißt: Der Staat entscheidet, was „Wahrheit“ ist – und was du besser nicht sagst.

- Maßnahmen wie Lockdowns, Impfpflicht oder Überwachung sollen angeblich „nationale Entscheidungen“ bleiben. Na klar!

- Und als wäre das nicht genug: Das Bundesverfassungsgericht erlaubt jetzt ärztliche Zwangsmaßnahmen auch außerhalb von Kliniken.

Zwang im Heim? Zwang in Einrichtungen? Zwang direkt an der Tür?

Alles im Namen der „Gesundheit“?

### DAS IST NICHT SCHUTZ – DAS IST MACHT!

Wer bestimmt über deinen Körper, über dein Leben, über deine Meinung?

**Sie reden von Gesundheit – aber meinen Kontrolle!**

**Sie reden von Sicherheit – aber meinen Überwachung!**

Schluss mit einem System, das sich über Verträge selbst ermächtigt! Schluss mit Zensur im Namen der „Wahrheit“!

Schluss mit Eingriffen in die körperliche und geistige Selbstbestimmung!

**Bürger, wacht auf!**

**Gesundheit ist kein Vorwand für Machtspiele!**

**Freiheit lässt sich nicht verordnen!**

**ZUM GEIER...**

es geht um **DEINEN** Körper, **DEINE** Stimme, **DEIN** Leben!

# Partizipative Demokratie und kollektive Selbstverwaltung in Venezuela

VON NATALIE BENELLI

Die Mainstream-Medien berichten mehrheitlich negativ über Venezuela und seine Regierung. Präsident Maduro wird als autoritär beschrieben, obwohl in kaum einem anderen Land so viele Wahlen stattfinden und die Bevölkerung aktiv in die Entscheidungsprozesse involviert ist. Die Medien ignorieren diese Realität.

Ich berichte aus erster Hand, was ich in meinen bisher vier Reisen nach Venezuela seit 2019 sah.

## 1. Eine kurze Geschichte

Venezuela verfügt über die größten bekannten Erdölreserven der Welt und über große Gas-, Gold- und Süßwasservorkommen. Bis 1998 wurde das Land abwechselnd von zwei bürgerlichen Parteien regiert, die dafür sorgten, dass die Einnahmen aus der Erdölindustrie und anderen Rohstoffvorkommen an eine kleine lokale Oligarchengruppe und ausländische Erdölfirmen gingen, während der Großteil der Bevölkerung in Armut lebte.

Der römisch-katholische Priester Charles Hardy beschreibt das Barrio, in dem er 1985 lebte, in seinem Buch „A Cowboy in Caracas“ wie folgt:

„Das Barrio bestand aus verschiedenen Arten von Behausungen. Es gab Baracken aus Presspappe und Blech. (...) [Es gab] kein fließendes Wasser, keine Toiletten und keine geschlossene Kanalisation. Vor meiner Tür führte ein Strom schwarzen Wassers das Abwasser aus den Wohnungen meiner Nachbarn in den kleinen schwarzen Fluss hinter meinem Haus.“

1998 wählte Venezuela mit Hugo Chávez von der „Bewegung Fünfte Republik“ einen Präsidenten, der die Mehrheit der Bevölkerung vertrat. Nach seinem Amtsantritt im Januar 1999 lancierte Chávez ein Referendum über die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung. Das Referendum wurde angenommen und die neu gewählte verfassungsgebende Versammlung arbeitete eine neue Verfassung für die Bolivarische Republik Venezuela aus. Sie ist bis heute eine der fortschrittlichsten Verfassungen weltweit.

## 2. Wirtschafts- und Medienkrieg gegen Venezuela

Seit der Wahl von Chávez 1998 ist Venezuela Angriffen und Putschversuchen durch die USA und ihre Verbündeten in Amerika, Europa und der venezolanischen Opposition ausgesetzt.

Sie können nicht akzeptieren, dass sie die Kontrolle über das venezolanische Erdöl verloren haben, dessen Einkünfte nun zugunsten der Menschen in Venezuela und im Globalen Süden eingesetzt werden.

2015 erklärte US-Präsident Barack Obama Venezuela zu einer Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA und verhängte einseitige Zwangsmaßnahmen – sogenannte Sanktionen – gegen das Land. Bis heute gibt es mehr als 1000 Zwangsmaßnahmen gegen Venezuela. Die Auswirkungen sind verheerend: Ohne Zugang zu internationalen Märkten und Finanzsystemen kann Venezuela keine Lebensmittel, Medikamente und Ersatzteile für die Bevölkerung und die Infrastruktur des Landes einkaufen. Die Wirtschaft soll so stranguliert und die Bevölkerung ins Elend gestürzt werden, um sie gegen die Regierung aufzubringen. Als Folge der illegalen Zwangsmaßnahmen gingen Venezuelas Einnahmen aus der Erdölproduktion zwischen 2014 und 2020 um 99 % zurück.

## 3. Venezuelas Antwort: partizipative Demokratie und kollektive Selbstverwaltung

Venezuela antwortet auf den Wirtschaftskrieg mit der Stärkung der lokalen Selbstverwaltungsstrukturen und der kollektiven Produktion. Heute gibt es im Land 49.000 kommunale Räte und rund 4.500 *Comunas*, die selbstverwaltet Landwirtschaft, Industrie und/oder Dienstleistungen betreiben. 13.956.000 Hektar Land wurden an Bauernfamilien übergeben, 427.000 Familien in die Produktion eingebunden. Unter Beteiligung privater Unternehmen produziert Venezuela heute 97 % seiner Lebensmittel selbst.

Venezuela investiert 70 % seiner Einnahmen in Sozialprogramme. Seit 2016 gibt es ein Programm für subventionierte Lebensmittel, seit 2011 wurden mehr als 5,1 Millionen Wohnungen für einkommensschwache Familien gebaut.

Wohnraum ist in Venezuela keine Ware, sondern ein Recht. Als 2011 viele Familien in Caracas nach heftigen Regenfällen und Bergstürzen ihre Unterkunft verloren, antwortete die Regierung mit dem Wohnbauprogramm *Gran Misión Vivienda Venezuela* (GMVV). Ayary Rojas, treibende Kraft der Überbauung *Urbanismo Jorge Rodríguez Padre*, erklärt, wie sie zusammen mit 48 Familien im Eigenbau Wohnungen

baute: „70 % des Wohnungsbaus ist in den Händen der Volksmacht. Es braucht eine partizipative und politische Arbeit. Niemand weiß besser als wir, was wir brauchen. Chávez sagte: Organisiert euch, damit ihr erreichen könnt, was ihr wollt. Unser Projekt ist ein partizipativer Prozess: Wie wollen wir leben? Wir präsentierten unsere Ideen den Architekten und Ingenieuren, die sie umsetzbar machten. Dann gingen wir zum Wohnministerium, das uns 95 % des Materials zur Verfügung stellt.“ Weil sie ihre Wohnungen selber gebaut haben, bezahlen die Eigenbauerinnen – 85 % sind Frauen – keine Miete. „Wir haben dem Staat und dem Präsidenten gezeigt, dass das organisierte Volk das kann“, sagt Ayary.

2025 wurden in vier Volksbefragungen im ganzen Land von der lokalen Bevölkerung Projekte ausgewählt, die aus dem „Sonderfonds für eine menschliche Stadt“ der Regierung finanziert wurden. Die Bewohnerinnen und Bewohner der Überbauung *Urbanismo Carlos Raul Villanueva* beschlossen den Bau eines Gesundheitszentrums, das nun die erste medizinische Anlaufstelle für die Menschen im Quartier ist.

Die meisten Menschen in Europa kennen die geschilderte Realität nicht. Die Mainstream-Medien ignorieren den tödlichen Wirtschaftskrieg gegen Venezuela und die Programme, mit denen die Regierung und die Bevölkerung darauf antworten.

Mit dem Medienkrieg sollen die Leserinnen und Leser in Europa zu Komplizen der Attacken gegen Venezuela gemacht werden, wie im jüngsten Fall militärischer Angriffe und Drohungen durch die USA unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Drogenhandel. Gemäß des Globalen Drogenberichts der UNODC von 2025 gibt es in Venezuela keine organisierte Kriminalität und keinen Drogenhandel.

Die ungekürzte Fassung dieses Berichts erschien am 20. Oktober 2025 auf <https://globalbridge.ch/partizipative-demokratie-und-kollektive-selbstverwaltung-in-venezuela/>

Kontakt Neue Presse: +41 32 517 81 81 oder [neuepresse@gmx.ch](mailto:neuepresse@gmx.ch)



Grafik: Pixabay

## AUS DEM LANDESVERBAND

### Demokratie zwischen Repräsentation und Basis

VON CLEMENS SANDMEIER

Demokratie gilt als Errungenschaft moderner Gesellschaften. Sie soll Freiheit, Selbstbestimmung und Gleichheit sichern. Doch die Frage stellt sich, wie sie im 21. Jahrhundert gestaltet werden muss, damit sie lebendig bleibt. Gerade in Krisenzeiten zeigt sich, dass viele Bürger das Gefühl haben, politische Entscheidungen seien einseitig und wenig transparent. Während der Corona-Pandemie etwa entstand der Eindruck, Grundrechte seien eingeschränkt worden, ohne dass eine echte Diskussion möglich war. Kritische Stimmen aus Wissenschaft und Gesellschaft fühlten sich an den Rand gedrängt. So wuchs die Skepsis gegenüber Institutionen und Medien.

Aus dieser Erfahrung erwuchs der verstärkte Wunsch nach neuen Formen der Teilhabe. Hier setzt das Konzept der Basisdemokratie an. Es bedeutet, dass Bürger nicht nur bei Wahlen ihre Stimme abgeben, sondern dauerhaft mitbestimmen. Initiativen, Abstimmungen und Bürgerräte können Entscheidungen unmittelbarer machen. Deshalb wurde die Partei dieBasis während der

Pandemie gegründet. Ihr Ziel ist, dass der Bürgerwille nicht auf Wahlperioden reduziert wird, sondern kontinuierlich in die Politik einfließt. Damit soll der Satz „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ mit Leben gefüllt werden.

Die Chancen liegen auf der Hand: mehr Transparenz, stärkere Verantwortung und breitere Perspektiven. Wer mitgestaltet, erlebt Demokratie als Alltag, nicht als abstraktes Prinzip. Doch Basisdemokratie birgt auch Herausforderungen. Prozesse sind zeitintensiv und nicht jeder möchte sich regelmäßig beteiligen. Außerdem droht die Vereinfachung komplexer Fragen auf Ja-Nein-Entscheidungen. Nötig sind daher Verfahren, die Expertise einbinden und gleichzeitig Mitsprache ermöglichen.

Die Zukunft dürfte deshalb nicht in der vollständigen Ablösung der repräsentativen Demokratie liegen, sondern in ihrer Ergänzung. Digitale Plattformen, Volksentscheide oder Bürgerräte können Brücken schlagen. Demokratie ist kein starres Modell, sondern lebt von Erneuerung. Basisdemokratische Ideen erinnern daran, dass Freiheit und Selbstbestimmung täglich neu verwirklicht werden müssen.

## AUS DEN KREISVERBÄNDEN

### Kandidaten für die Kommunalwahl in Bayern am 8. März 2026



**Siegfried Maier, 55 Jahre, Zimmerer und Lagerist dieBasis KV Rosenheim, Kandidat für die Gemeinde Griesstätt**  
Als Ehemann und Vater von drei Kindern weiß ich, wie wichtig Zusammenhalt, Verlässlichkeit und ein starkes Miteinander sind. Unsere Gemeinde soll ein Ort bleiben, an dem sich alle wohlfühlen – Jung und Alt, Familien und Betriebe.

Nach einer kurzen Pause möchte ich mich wieder im Gemeinderat engagieren, weil mir unsere Zukunft am Herzen liegt. **Demokratie beginnt vor Ort – mit ehrlichem Einsatz und offenen Ohren für die Anliegen unserer Bürger.**



In Vorbereitung auf die Stadtratswahlen Kaufbeuren haben sich **dieBasis KV Allgäu**, die Bayernpartei, die WerteUnion und parteifreie Bürger zum Bündnis Zukunft Kaufbeuren BZKf zusammengeschlossen.

**Wirtschaftliche Vernunft, Bürokratieabbau und stärkere Bürgerbeteiligung stehen im Fokus der neuen Wählergemeinschaft.** Gemeinsam wollen wir frischen Wind ins Rathaus Kaufbeuren bringen.

Foto: Die drei Vorstände des BZKf von links nach rechts: Jürgen Grieshaber, 1. Vorstand dieBasis KV Allgäu; Dr. Thomas Jahn, WerteUnion; Thomas Pfaffenbauer, Bayernpartei



**Paul Selig, 73 Jahre, Maschinenbautechniker dieBasis KV Kempten-Oberallgäu-Lindau, Kandidat für Kempten**  
Für eine realistische Politik in Kempten. Ist es möglich, die Verpflichtungen aus der Agenda 2030 zu erfüllen? **Welche Auswirkungen hat die sogenannte Energiewende und der Klimaschutz auf die Bürger?** Sind diese Maßnahmen durchführbar und finanzierbar?

Fotos: Privat



## CLAUDIOS RUNDUMSCHLAG

### Regierung und Demokratie – Gegensätze ziehen sich an

Wehrpflicht? Ja, nein, vielleicht? Oder wie soll man mit diesen Vorschlägen umgehen?

Im Oktober 2025 war das antike Demokratieverständnis aus der Wiege der attischen Demokratie als beste Lösung für die Wehrpflicht gefeiert worden, das Losverfahren. Nach dem Motto, wir mustern alle jungen Männer und losen dann, wer zur Bundeswehr muss. Eine Schnapsidee, wie sich mittlerweile in der Regierung herumgesprochen hat. Selbst die CDU rückte von ihrem eigenen Vorschlag ab. Jetzt werden alle gemustert und dann gibt's 'nen Einberufungsbefehl. Wer sich einen guten Anwalt oder Berater leisten kann, wird, wie früher auch schon, um diese Pflicht herumkommen. Demokratie in Deutschland ist immer mehr vom Geld abhängig. Wer zahlen kann, bekommt Recht?

Wäre es nicht eine Möglichkeit, die Menschen in diesem Land umfangreich zu informieren und dann einen Vorschlag ausarbeiten, der sich auf Mehrheiten unter den Betroffenen stützt? Persönlich gehe ich ja davon aus, dass diese Politiker, die gerade darüber diskutieren, wer zum Wehrdienst herangezogen wird, ihre Hände schützend über ihren eigenen Nachwuchs halten, nach dem Motto: „Lass das mal die anderen machen und du bleibst daheim in Sicherheit! Lass mal die anderen unsere Grenzen im Ausland verteidigen!“

Demokratie versus Macht und Geld. Hier bleibt sie auf der Strecke.

**In diesem Sinne, bleibt wehrhaft gegen solche undemokratischen Vorgehensweisen!**



## SCHON GEWUSST?

Die drei Säulen der Demokratie sind die **Legislative (Gesetzgebung)**, die **Exekutive (ausführende Gewalt/Verwaltung)** und die **Judikative (Rechtsprechung)**.

Schon Jean-Jacques Rousseau bezeichnete die Presse als vierte Säule im Staat.

Die Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (ddvg) kommt als Verlagsgruppe mit den ihnen zugerechneten Tageszeitungen auf einen Marktanteil von 3,4 % auf dem deutschen Zeitungsmarkt. Die ddvg hält 23,1 % an der MADSACK Mediengruppe und beliefert über das Redaktions-Netzwerk Deutschland (rnd) mehr als 60 Tageszeitungen und erreicht über 6,8 Millionen Leser pro Tag. Die ddvg steht zu 100 % im Eigentum der SPD.

Und die Rundfunkräte des ÖRR werden zu einem großen Teil mit Parteifunktionären besetzt.

Da wundert uns nichts mehr.

Peggy Galic

## Impressum

Herausgeber: „Basisdemokratische Partei Deutschland in Bayern e.V.“, kurz „dieBasis LV Bayern“  
Schellingstraße 109a, 80798 München  
Sitz: München, Reg.-Nr.: 208976  
Vorstand: Clemens Sandmeier und Tomas Langhorst, Doppelspitze  
<https://dieBasis-Bayern.de>  
kontakt@dieBasis-Bayern.de

Spendenkonto LV Bayern  
Basisdemokratische Partei Deutschland in Bayern e.V.  
Sparkasse Aichach-Schrobenhausen  
IBAN: DE95 7205 1210 0006 3365 31  
BIC: BYLADEM1AIC

Redaktion (V.i.S.d.P.):  
Peggy Galic, Andi Kahnt  
Lesezeichen@dieBasis-Bayern.de

Enthaltene Links waren zum Redaktionsschluss verfügbar.

Die Nutzung unserer Inhalte (Texte, Fotos, Grafiken etc.), insbesondere die Vervielfältigung, Verbreitung oder öffentliche Zugänglichmachung, ist grundsätzlich nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung erlaubt, sofern sich aus dem UrhG nichts anderes ergibt.

Für den Erwerb einer Nutzungserlaubnis wenden Sie sich bitte an die Redaktion.

Lesezeichen erscheint vierteljährlich.